Abonnementspreis

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.

Sächsische
Arbeiter-Zeitung
Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.

Nr. 48. | Dresden, Donnerstag den 27. Februar 1908. | 19. Jahrg.

Die Rebellen im Herrenhaus.

Das preußische Herrenhaus war am Mittwoch der Schauplatz parlamentarischer Kämpfe, aus denen auch Politiker ohne befestigten Grundbesitz manches lernen können. Es ist wahr, daß die Insassen der preußischen Pairskammer nur dann lebendig werden, wenn es sich um ihr eigenes Klasseninteresse handelt; dann aber werden sie es gründlich, und sie vertreten dann ihren Standpunkt mit einer rednerischen Schärfe, die für die allergetreueste bürgerliche Opposition etwas Unfaßbares, ja Grauenerregendes an sich haben mag. Obwohl sich der Reichskanzler in seiner matten Rede für die antipolnische Enteignungsvorlage in verfassungsmäßig durchaus unanfechtbarer Weise auf die Zustimmung der Krone berief, trat im Herrenhause ein Redner nach dem andern auf, um in den allerschärfsten Tönen gegen die Absichten der Regierung und der Krone zu Felde zu ziehen. Eine halbe Stunde kaum, nachdem die Regierung ihre Politik als die Politik der Krone gekennzeichnet hatte, wußte man schon aus dem Munde zweier Redner, daß diese Politik nicht vereinbar sei mit der preußischen Verfassung und nicht vereinbar mit dem Gewissen. Seit den Zeiten des preußischen Verfassungskonflikts hat man von bürgerlichen Parteiführern in Deutschland keine so scharfen Worte der Opposition gehört, wie sie am Mittwoch im preußischen Herrenhause vom Generalfeldmarschall Haeseler, dem Grafen Schulenburg und anderen Rednern gesprochen wurden.

Unsere bürgerliche Opposition gleicht dem Skatspieler bei Hofe, der sich nicht traut, zu gewinnen, um nicht den Zorn des allerhöchsten Gegenspielers auf sein Haupt herabzubeschwören. Sie beschränkt sich auf halbe Andeutungen und gewissene Bedenken, sie ist jeden Tag zum Umfall bereit. Solchen Erscheinungen gegenüber wirkt es geradezu erquickend, einmal wieder ernstgemeinte, politische Kampftöne zu hören, wie man sie jetzt aus dem Munde preußischer Magnaten und Junker vernommen hat.

Den eigentlichen Grund dieser herrenhäuslerischen Opposition hat freilich Graf Schulenburg mit der schönen Offenheit seiner Kaste ausgesprochen. Das mit der Verfassung und das mit dem Gewissen geht nur so nebenbei; Hauptsache ist, „bei wir damit den Ast absägen, auf dem wir sitzen". Der Enteignung aus nationalen Gründen kann die Enteignung aus politischen und sozialen Gründen folgen. Darum gilt es, dem königlich preußischen Umsturz abzuwehren; ihm könnte ein anderer folgen, der nicht bloß dem Schlachtschitz, sondern auch dem Junker gefährlich werden könnte.

Es ist ein weiterer unschätzbarer Gewinn dieser Herrenhausdebatte, daß sie die hundertjährige Heuchelei der preußischen Machtpolitik gründlich entlarvt hat. Oben spreizt man sich mit strengster Gesetzlichkeit, Sittenstrenge, Kultur und allerhand schönem Wortschmuck; in einer Sintflut sittlicher Entrüstung sucht man alle zu ertränken, die den Plänen der Regierung widerstehen und ihre tönenden Redensarten als das nehmen, was sie sind. Am Mittwoch hat das preußische und das deutsche Volk vom Herrenhause gehört, daß diese streng gesetzliche, streng sittlich-gerechte königliche Staatsregierung Vorlagen ausarbeitet und zur Annahme empfiehlt, die gegen die Verfassung und gegen das Gewissen sind.

* * *

Die Verteidigung der Vorlage durch die Regierung war mehr als schwach. Der Landwirtschaftsminister ging davon aus, daß noch nie ein Volk seine Nationalität freiwillig oder unter Zwang aufgegeben hätte, und sagte ganz treffend, daß die Polen das jetzt am wenigsten tun würden, wo sie sich in schwerer Mühe allmählich zu höherer Kultur hinaufgearbeitet hätten. Diese Hilflosigkeit gegenüber einer mächtigen Kulturbewegung und dem nationalen Gedanken einzusehen und dann gleichwohl dieses Polenenteignungsgesetz zu verteidigen, dazu gehört die Logik eines v. Arnim. Fürst Bülow selbst suchte nur durch Scharfmacherei gegen das Ausland von dem eigentlichen Streitgegenstande abzulenken. Weil die ganze Kulturwelt empört ist über diesen Rückfall Preußens in die Barbarei der Ausrottungsjagd gegen ein Volk, empfahl er, sie erst recht fortzusetzen, um dem Auslande Deutschlands Stärke zu zeigen. Schließlich redete Krupps künftiger Kommis, der Freiherr v. Rheinbaben, ein paar Worte über die nationale Bedeutung der Ostmarken.

So blieb es den freisinnigen Oberbürgermeistern von Frankfurt und Posen und dem Vertreter der deutschen Wissenschaft, der großen Universitätsleuchte, Schmoller, überlassen, für die Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und sie bemühten sich nach Kräften, den vollgültigen Beweis für den Tiefstand des deutschen Bürgertums und der bürgerlichen Wissenschaft zu erbringen. Das Schicksal der Vorlage, die am Donnerstag weiterberaten wird, ist noch ganz ungewiß.

* * *

Aus den Trubreden.

Graf Mirbach: Die Schärfe der großpolnischen Bewegung ist erst in dem Moment eingetreten, wo wir an die Ansiedlungsfrage durch die Ansiedlungskommission herangingen. Darüber kann man sich nicht wundern. Da mußte auf die Polen aufreizend wirken, daß Mittel des Staates aller Untertanen, also auch der Polen, verwandt wurden, um die Polen dort zu verdrängen. Nach dieser jetzigen Vorlage soll ein vollständig fremder Besitzer in das Grundstück eingesetzt werden. Gegen die baltischen Barone besteht in Rußland auch eine schwere Mißstimmung. Welch ein Schrei der Entrüstung würde sich erheben, wenn Rußland diese Barone enteignen wollte! (Sehr richtig!) Ich appelliere an Ihr Gerechtigkeitsgefühl. Können wir die Vorlage vor einer Bevölkerung verantworten, die zwar preußenfeindlich, aber doch nicht revolutionär ist. Da versagt mein Gewissen. Ich bestreite auch, daß die Vorlage den gewünschten Erfolg haben wird. Man beruft sich so oft auf den Fürsten Bismarck. Was hätte er wohl getan, wenn man die Trace einer Eisenbahn z. B. durch ein ihm liebes Stück Land geführt hätte. (Heiterkeit.) Wir werden für die geforderten Mittel stimmen, aber gegen die Enteignung. Wir haben die Verdienste des Fürsten Bülow immer anerkannt, doch kann man in einer Gewissensfrage anderer Meinung sein.

Freiherr Lucius v. Ballhausen: Ich habe gegen diese Enteignung dieselben Bedenken wie Graf Mirbach. An der Sicherheit des Eigentums müssen wir alle festhalten. Vor allem sollte man auch an einen Abschluß des Ansiedlungswerkes in absehbarer Zeit denken. Mit dem, was die Vorlage auch ohne die Enteignung enthält, wäre also die Ansiedlungsfähigkeit nicht eingestellt, sondern nur in andere Bahnen gelenkt. Ein Universalheilmittel gegen die polnische Gefahr gibt es nicht.

Abg. v. Wedel-Piesdorf: Ich erkenne an, daß die Staatsregierung das Enteignungsrecht braucht, um das zurückweichende Deutschtum in den polnischen Provinzen zu erhalten. Gleichwohl ist das Enteignungsrecht eine so scharfe, so unerhörte Maßregel, daß es soweit wie möglich eingeschränkt werden muß, ohne daß der Zweck, dem es dient, illusorisch gemacht wird. Das Abgeordnetenhaus hat das Enteignungsrecht seinem Umfange nach auf 70 000 Hektar und auf die Abrundung vorgandener Ansiedlungen beschränkt. Der Qualität nach bedeutet dies aber eine Verschärfung der Enteignung. Daran, daß die Polen freiwillig ihr Land verkaufen werden, wenn sie doch die Enteignung zu gewärtigen haben, ist nicht zu denken. Die Regierung wird also nach zwei Jahren, wenn die 70 000 Hektar enteignet sind, mit einer neuen Vorlage an den Landtag kommen müssen und so fort. Die Kommission des Herrenhauses hat es daher namentlich für nötig gehalten, den angestammten Besitz vor der Enteignung zu schützen.

Generalfeldmarschall Graf Hülsen-Haeseler: Ich bin ein Gegner der Enteignung. Art. 4 der Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich", wird zweifellos durch das Gesetz verletzt, das einen Unterschied macht zwischen deutsch sprechenden und polnisch sprechenden Preußen. Aber ganz abgesehen von den verfassungsmäßigen Bedenken bedeutet die Enteignung eine große Härte. Man spricht auch davon, es bestände ein Kriegszustand mit den Polen. Der Krieg ist eine Ausgleichung entgegenstehender Interessen. Bei der Enteignung aber ist der eine Gegner wehrlos. (Sehr richtig!) Wenn schließlich davon gesprochen worden ist, es könnte eine Gefährdung, eine Notlage des Staates eintreten, wenn der Staat, bedrängt von äußeren Feinden, noch den inneren zu überwinden habe, wenn also diese Notlage eintritt, wird der jetzige Fall der Ansiedlung auch nicht helfen, dann liegt die Rettung allein bei der Wehrkraft der Nation, der ultima ratio regis. (Lebhaftes Bravo! Händeklatschen auf den Tribünen.)

Graf v. d. Schulenburg-Beltnthal: Auch ich kann dem hier vorgeschlagenen Mittel nicht zustimmen. Ich halte es einmal für einen Schlag ins Wasser, und ich kann es weiter nicht in Einklang bringen mit meinem Gewissen. Jedenfalls ist es ein Neues, daß hier nicht enteignet werden soll um der Sache, sondern um der Person willen. (Sehr richtig!) Hier soll ein preußischer Untertan, der polnisch spricht, wenn auch gegen Entschädigung, vertrieben werden von Haus und Hof zugunsten irgend eines anderen preußischen Untertanen, den man womöglich erst von der Wolga oder aus Argentinien heranholt. (Heiterkeit.) Damit beschreiten wir einen schlüpfrigen Pfad. Von der Enteignung aus nationalen Gründen bis zur Enteignung aus politischen Gründen ist nur ein kleiner Schritt. Wenn wir diesen Eingriff in das Eigentumsrecht zulassen, fügen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen und leisten dem Umsturz Vorspann. Kardinal v. Kopp hat bei der ersten Lesung bereits mit Recht betont, daß über ein solches Votum des Herrenhauses nur die Sozialdemokratie triumphieren würde. (Sehr richtig!) Was nun die Kompromißanträge anlangt, so meine ich, man muß entweder die Enteignung prinzipiell glatt ablehnen, oder man muß der Regierung eine scharfe, schneidige Waffe, die unbeschränkte Enteignung, geben. Sonst täte man dasselbe wie jener Student, der seinem Hunde den Schwanz stückweise abschnitt, damit es nicht so weh tat. (Heiterkeit.) Als die Vorlage bekannt wurde, stand in Berliner Blättern einer Partei, mit der wir jetzt im Reichstag eine Vernunftehe geschlossen haben (Heiterkeit), die Vorlage sei ausgezeichnet, sie gehe nur nicht weit genug, sie sollte angewandt werden gegen den gesamten preußischen Großgrundbesitz. Wenn diese Kreise einmal ans Ruder kämen, würde diese Vorlage einen schlimmen Präzedenzfall bilden. Dann wird der von seinem Grundbesitz vertriebene Enkel mit Fingern zeigen auf seinen Ahnherrn, der mithalf, diesen Präzedenzfall zu schaffen. Mein Grab will ich davor schützen. (Bravo!) Wenn das Herrenhaus dieser Vorlage mit ihrer Enteignung zustimmt, so wirft es die Traditionen dieses hohen Hauses, die es über 50 Jahre gepflegt hat, über den Haufen. (Widerspruch und Zustimmung.) Dann wird man im Lande sagen, das Herrenhaus sagt eben zu jeder Vorlage der Regierung doch schließlich ja, dann gräbt das Herrenhaus sein eigenes Grab, es begeht Selbstmord. (Lebh. Bravo!)

Zur Abwehr.

Im Leitartikel unserer Nummer vom 24. Februar, der die Aufschrift trägt „Preußisches, Allzupreußisches" und aus der vom Genossen Südekum herausgegebenen Preußenkorrespondenz übernommen wurde, findet sich ein Abschnitt über „Die Taktik der Reaktionäre". Die Ausführungen dieses Abschnittes veranlassen den Vorwärts zu einem Leitartikel unter dem vielversprechenden Titel „Verleugnung des Klassenkampfes".

Wir beabsichtigen zunächst nicht, uns in eine ausführlichere Auseinandersetzung über viele freiweg erfundene Behauptung einzulassen. Wir wollen lediglich klarstellen, was uns zur Aufnahme jener Ausführungen bewog. Es könnte scheinen, als ob eine taktische Frage des preußischen Wahlrechtskampfes uns ferner liegen sollte. Wir glaubten aber gerade auch aus unseren Erfahrungen im sächsischen Wahlrechtskampfe heraus von der wohlgemeinten Warnung der Preußenkorrespondenz Kenntnis geben zu sollen. Den Anlaß hierzu gab uns der Artikel des Vorwärts vom 21. Februar „Wahlrechtskampf — Klassenkampf".

In diesem Artikel, zu dem ein für uns erkennbarer Anlaß überhaupt nicht vorlag, bekundete der Vorwärts Ansichten, die mit manchen seiner eigenen Aeußerungen in den Monaten vorher sich nicht vereinigen lassen, die sich ebensowenig mit den Erklärungen vereinigen lassen, die mehrere Parteivorstandsmitglieder zur preußischen Wahlrechtsfrage abgegeben haben. Wir geben die Aeußerungen kurz in sungemäßem Auszuge wieder:

Keine einzige bürgerliche Partei sei an der Einführung des gleichen Wahlrechts interessiert, einzelne von den bürgerlichen Parteien wünschten zwar gewisse Reformen, aber schließlich würden sie der nichtbesitzenden Klasse nur eine Scheinreform einräumen, die mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nicht die geringste Aehnlichkeit haben würde. Die Aussichten des Wahlrechtskampfes beruhten daher darin, daß die Sozialdemokratie ihre Anhängerzahl immer mehr vermehre. Es sei eine Utopie, von dem guten Willen oder dem politischen Weitblick der herrschenden Klassen die Gewährung des gleichen Wahlrechts zu erwarten. Die privilegierte Klasse müsse durch die Entrechteten selbst gezwungen werden. Um die besitzenden und privilegierten Elemente zu weitreichenderen (!) Zugeständnissen an die rechtlose Masse zu bewegen, müßten die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Arbeiter veranlaßt werden, ihre Parteien energisch vorwärts zu drängen. Aber es werde aber zu einer reinlichen Klassenscheidung zwischen diesen Arbeitern und ihren Parteien kommen, als zu einer Demokratisierung der bürgerlichen Parteien. Nur die Erweckung der noch in der Befangenheit bürgerlicher Vorstellungen lebenden Proletarier zum Klassenbewußtsein vermöge die Wahlrechtsbewegung zu fördern und schließlich unwiderstehlich zu machen. Deshalb wäre auch nichts unsinniger, als wenn die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf resp. den Wahlkampf, der ja nur ein Teil des Wahlrechtskampfes ist, nicht im Zeichen des konsequentesten Klassenkampfes führen wollte.

Richtiges ist hier mit Irrtümlichem seltsam gemischt. Richtig und selbstverständlich ist es, daß die Sozialdemokratie in jedem Kampfe, den sie führt, das ganze Wollen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt. Auch der Wahlrechtskampf soll dazu wirken, daß neue bewußte Anhänger für die Sozialdemokratie gewonnen werden. Hierüber dürfte innerhalb unserer Partei völlige Einigkeit herrschen und es bedarf nicht erst der Wiederholung des Klassenkampf-Wortes in jeder Artikelaufschrift und in jeder dritten Zeile jedes Artikels. Der Irrtum der Ausführungen beginnt aber von da ab, wo es so dargestellt wird, als ob nur und ausschließlich diese Gewinnung neuer sozialdemokratischer Anhänger die Wahlrechtsfrage irgendwie wesentlich von der Stelle bringen könne und schließlich die Wahlrechtsbewegung unwiderstehlich machen werde. Mit dem „schließlich" hat es denn doch wohl eine heikle Bewandtnis. Gewiß, „schließlich" wird das preußische Wahlunrecht einmal völlig beseitigt werden. Aber die taktische Frage besteht gerade darin, wie wir das „Schließliche" möglichst bald erreichen können. Und hierfür ist die Art der Parteigruppierungen in Preußen doch von sehr erheblicher Wichtigkeit. Es ist wohl ein Unterschied, den nur eine plumpe Taktik mißachtet, ob es den konservativen Klassenwahljunkern gelingt, diejenigen bürgerlichen Parteien, die immerhin das allgemeine gleiche Wahlrecht programmatisch vertreten, immer näher an sich heranzuziehen, oder ob es der Sozialdemokratie gelingt, auf die Anhängerschaft dieser Parteien so einzuwirken, daß sie, wenn sie auch noch nicht sogleich zur Sozialdemokratie übergeht, doch die betreffenden Parteien in eine wahlrechtsfreundlichere Richtung drängt.

In Preußen steht es nach unserer Auffassung um die Erfolgsaussichten im Wahlrechtskampf um deswillen günstiger als in Sachsen, weil dort große bürgerliche Parteien vorhanden sind, die die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts erheben, wenn schon die Führer zum Teil sicherlich nur mit lauem Herzen bei dieser Sache sind. In Sachsen ist davon keine Rede gewesen, denn der Freisinn ist hier nur ein ganz kleines Häuflein und ein Zentrum gibt es nicht. Hier war unsere Partei so gut wie gänzlich auf sich allein gestellt. Wir haben auch gerade durch das zähe Eintreten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zahlreiche Angehörige der besitzlosen und entrechteten Klassen zu unseren Anhängern gemacht. Wir haben auch gewisse Erfolge in der Wahlrechtsfrage selbst zu verzeichnen, wir haben das Dreiklassenwahlsystem unmöglich gemacht und es wird jetzt seine Aenderung beraten. Das alles bringt uns aber doch nicht über die Tatsache hinweg, daß wir nach langjährigen opferreichen Kämpfen, wie sie in Preußen in dieser Art noch längst nicht geführt sind, noch immer einer ungeheuren Uebermacht von Gegnern gegenüberstehen. Wir würden nach all den Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht verstehen, wenn die Sozialdemokratie in Preußen nicht jede Möglichkeit, im Wahlrechtskampfe vorwärts zu kommen, klug und geschickt benutzen wollte, wenn sie den ärgsten Wahlrechtsfeinden Waffen liefern wollte durch eine Taktik, die sich auf der mindestens zweifelhaften Behauptung auf-

Stimmen und Bilder

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080227/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG